

Pränumerations - Preise:

Für Laibach

Ganzjährig	6 fl. — fr.
Halbjährig	3 „ — „
Vierteljährig	1 „ 50 „
Monatlich	— „ 50 „

Mit der Post:

Ganzjährig	9 fl. — fr.
Halbjährig	4 „ 50 „
Vierteljährig	2 „ 25 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 5 fr.

Laibacher

Tagblatt.

Redaktion:

Bahnhofgasse Nr. 132.

Expedition und Inseraten

Bureau:

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmayr & S. Bamberg)

Inserationspreise:

Für die einspaltige Petitzeile 3 kr. bei zweimaliger Einschaltung 4 1/2 kr. dreimal 7 kr. Inserationsstempel jedesmal 30

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 123.

Donnerstag, 3. Juni. — Morgen: Herz Jesu-Fest.

1869.

Eine Denkschrift des Laibacher Gemeinderathes.

Unser Gemeinderath hat in seiner vorgestrigen Sitzung aus Anlaß der Ereignisse am 23. Mai die Absendung eines Promemoria an die Ministerien des Innern, der Justiz, des Unterrichtes und der Landesverteidigung beschlossen. Die Stadtvertretung ist bei den in ihrem Wirkungskreise gelegenen Mitteln nicht in der Lage, einer tiefer gehenden Bewegung des Landvolkes, deren Gefahr für die Stadt wohl für den Moment beseitigt wurde, einen wirksamen Damm entgegen zu setzen; hiezu ist alle Einflußnahme der Regierung erforderlich, welche dem Staatsbürger vollsten Schutz für die Sicherheit seiner Person und des Eigenthums angedeihen zu lassen hat. Ihre früheren Maßnahmen gegen die Ausschreitungen der Landbevölkerung haben sich als erfolglos erwiesen, ja die Regierung hat sich sehr irrigen Anschauungen über Zustände und Vorfälle in der nächsten Umgebung Laibachs hingegeben.

Wir wissen zwar nicht, welche Aufnahme dieser Schritt der Gemeindevertretung bei den Ministerien finden werde, dieses eine ist jedoch gewiß, daß die männliche und offene Sprache der Denkschrift in jenen Kreisen, wo man bisher unbeachtet die geheimen Fäden einer verderblichen Bewegung anzuzetteln mußte, die Ueberzeugung hervorrufen müsse, daß die jetzige um das ihr anvertraute Wohl der Landeshauptstadt besorgte Vertretung jene Machinationen durchblicke, und so weit ihr Wirkungskreis reicht, die entsprechenden Maßnahmen dagegen zu treffen wissen werde. Uebrigens ist ja die Deffentlichkeit das beste Heilmittel tiefeingewurzelter Uebelstände, und eben deshalb begrüßen wir diesen Vorgang der Gemeindevertretung als einen Schritt zur Besserung unserer Zustände.

Die Denkschrift lautet:

Hohes Ministerium!

Die bellagenerwerthen Ereignisse vom 23. Mai in Laibachs Umgebung und in der Stadt selbst sind wohl geeignet, die eindringlichste Erforschung der Sachlage jedem an Vaterland und Stadt hängenden Bewohner zur ernsten Pflicht zu machen. Wie eine schwere Gewitterwolke zogen sich die jüngsten Ereignisse um unsere Stadt zusammen, und das Niedergehen der Blitze beleuchtete einen gähnenden Abgrund, an dessen Rande wir stehen. Unmöglich kann ein harmloser Maiausflug eines Turnvereins die ganze Bevölkerung eines bedeutenden Distriktes so in Alarm bringen und zu einem wohlorganisirten Angriffe verleiten, da liegen die Ursachen tiefer und müssen erforscht, und die Gegenmittel, will man anders noch größeres Unheil verhüten, rasch in Anwendung gebracht werden.

Die Bewegung, welche am Jantschberge und in Josefthal ihren bedauerlichsten Höhepunkt erreichte, hat sich auch innerhalb des Weichbildes unserer Stadt in drohender Weise bemerklich gemacht, so daß der Gemeinderath der Stadt sich genöthigt sah, um Verstärkung der Garnison anzusuchen. Das Interesse der Sicherheit der Person und des Eigenthums, sowohl innerhalb der Mauern unserer Stadt, als

auch in ihrer Umgebung, der Ruf und die Ehre der Landeshauptstadt, welcher durch die Wiederkehr solcher Szenen empfindlich leidet, das materielle Interesse des Wohlstandes, namentlich unserer Gewerbetreibenden, welches durch einen derartigen Verfall einer Stadt schwer getroffen wird, insbesondere aber das natürliche, begründete Verlangen des besonnenen Theiles der Bevölkerung nach einer Garantie gegen die Wiederholung solcher aufregender Vorfälle sind die Gründe, welche den Gemeinderath der Landeshauptstadt bewogen haben, sich über die Sachlage mit offenem, männlichen Worte in diesem Promemoria an das hohe Ministerium auszusprechen.

Der Gemeinderath der Landeshauptstadt ist sich wohl bewußt, in wie weit ein Eingreifen in den Gang der Ereignisse in seinem Wirkungskreise liege, allein die soeben geschilderten Gründe und die Rücksicht darauf, daß sich die Wohlfahrt der Stadt von der Wohlfahrt des Landes nicht getrennt denken lasse, schienen es dem Gemeinderathe der Landeshauptstadt zur Pflicht zu machen, im Interesse der Bürgerschaft Laibachs auch Dinge berühren zu sollen, welche nicht direkt in dem selbständigen Wirkungskreise einer Stadtvertretung liegen.

Es muß vor allem auf den Umstand hingewiesen werden, daß die Affaire von Josefthal am 23. Mai d. J. leider keine vereinzelte Erscheinung geblieben ist; sondern seit mehreren Jahren hat sich die Zahl von Angriffen der Bewohner der Umgebung auf einzelne Städte und auf größere und kleinere Gruppen derselben vermehrt.

Im Mai des verfloffenen Jahres geschah das bekannte Attentat auf den Turnverein und zahlreiche Stadtbewohner von Seite der Bauern von Jeschza und der umliegenden Ortschaften, wobei die Verhütung größeren Unglückes nur günstigem Zufalle zu verdanken ist.

Von jenem Tage an wiederholten sich die Angriffe auf vorüberziehende Städte, um nach längerer Ruhe während der Winterszeit am 23. Mai d. J. mit einem so großen Erzeffe wieder hervorzutreten, wobei bemerkt werden muß, daß selbst nach dem verhängnißvollen Tage des 23. Mai bis heute Insultirungen und Bedrohungen von Städtern bis ins Weichbild der Stadt hinein vorkommen, so wie es bekannt ist, daß selbst der Eisenbahnzug in der Gegend von Franzdorf von Bauern mit Steinen beworfen wurde. Zwar sind in der Umgebung Laibachs nächtlicher Weile auch früherer Zeit vereinzelt Insulten gegen heimkehrende Städter oft vorgekommen, eine Erscheinung, welche durch die Rohheit betrunkenen Bauernburischen ihre genügende Erklärung findet und auch anderwärts vorkommt.

Allein der Umstand, daß die Angriffe in den letzten zwei Jahren sich so sehr häuften, daß hiebei meist politische Aeußerungen und Rufe fielen, daß die Angriffe speziell gegen den einen Turnverein gerichtet sind, während einige Zeit nach der Affaire von Jeschza der slovenische Turnverein Sokol einen Triumphzug durch Jeschza und die umliegenden Dörfer hielt, der Umstand ferner, daß man den Turnern am Jantschberge die Fahne räuberisch entriß

und daß jene Attaque bei hellem Tage in den Morgenstunden geschah, daß man den als Opfer seiner Widersegligkeit gegen den Gendarm in Josefthal todt Gebliebenen am Friedhofe von Laibach mit Blumen und nationalen Bändern in demonstrativer Weise glorifizierte, diese Umstände zusammen zeigen zur Genüge, daß man es nicht mit Ausschreitungen, wie sie in weinseliger Laune übermüthiger Bauernburische vorzukommen pflegen, zu thun habe, sondern mit Ungeheuerlichkeiten, welche in politischer Meinungsdifferenz, im Partehasse ihre Erklärung finden.

Wir leben in einem konstitutionellem Staate und haben Staatsgrundgesetze auf so freiheitlicher Basis, daß jeder Staatsbürger Oesterreichs darin den Schutz der Person, jede Nation den Schutz der Eigenart finden kann. Die gesetzlichen Bahnen sind freigegeben, auf welchen die Entwicklung der materiellen, nationalen und freiheitlichen Bedürfnisse der Völker vor sich gehen kann.

Es muß also billig in Erstaunen versetzen, wenn man sieht, daß jene jedem einzelnen Bürger, jeder Nation offen stehende Bahn des Gesetzes verlassen wird, und daß man in einem freiheitlichen Staate mittelst roher Vergewaltigung Andersdenkender die Entwicklung einer Nation und die Erreichung vermeintlich vorenthaltener Rechte herbeiführen will.

Es lohnt zweifelsohne der Mühe, nach den Ursachen dieser abnormen, nun seit zwei Jahren in Permanenz erklärten und seit den letzten 14 Tagen in höchste Potenz versetzten Erscheinung zu forschen.

Der Gemeinderath darf eine Analyse der Parteigegensätze hiezulande unterlassen, da aus den Verhandlungen des Landtages, aus der Wahlbewegung in der Stadt und auf dem Lande und aus den Verhandlungen, welche die erwähnten Ueberschreitungen der gesetzlichen Schranken an das h. Ministerium brachten, diese leidigen Zustände und Verhältnisse schon genauer bekannt sind.

Es bedurfte einiger Zeit und Mühe, um den Sprachenstreit als Stachel wirksam zu machen und selbst dessen Spitze gegen die „fremde“ Sprache zu kehren, bedurfte es des wirksamsten Hebels — der Hilfe des Klerus gegen die durch freiheitliche Gestaltung unseres Staatslebens drohende Gefahr — der Religion, des Glaubens, wie man glauben machte, doch sei es darum.

Der Gemeinderath verschließt sich nicht der Erkenntniß, daß ein solcher Streit der Parteien unzertrennlich sei von dem Begriffe des konstitutionellen Lebens, und daß die Parteien sich dabei selbst zurechtfinden mögen. Allein das Gefährliche und Bedauerliche an der Sache ist die Wahl und Anwendung der verderblichsten Mittel, deren unverantwortliche Folgen das Glück und die Wohlfahrt einer ganzen Generation, in der Gegenwart aber die Sicherheit der Person und des Eigenthums angreifen.

Zumal die Haltung der Stadt Laibach bei der Landtagewahl, bei den Gemeinderathswahlen neuerer Zeit ward zum Signale, eine feindselige Gegenkraft im Landvolke zu schaffen. Diese Agitation

reichte Lator an Lator, übertraf in Aufreizung durch die Hand in Hand mit diesen gehende Presse alles bisher Dagewesene, und verstieg sich — augenscheinlich durch die solchem Treiben unentschieden zusehende Regierung sich ermutigt fühlend, — nicht nur zu Plänen eines Zerreißen der Kronländer (möge selbst das in gesetzlicher Weise angestrebt werden), sondern unter Zuzug und entzündender Rede der geistlichen Hirten und anderer Agenten ward das Volk völlig verhezt, indem man die politischen Gegner als Fremde hingestellt, obwohl sie so gut Eingeborne sind wie jene; man erfand als Spottnamen die Bezeichnung Kemskutar, man sagte dem Volke, daß diese demselben die Sprache und den Glauben rauben wollen, daß die Steuern vermindert werden, sobald die Beschlüsse der Lators in Erfüllung gehen, ja ein Redner beim Lator in Wischmarje ging so weit, daß er jene, welche eine andere politische Anschauung haben, „Feinde des Volkes“ nannte und um Vergebung für sie die Gnade des Himmels anflehte.

In Folge dieser und vieler anderer aufreizender Reden und Worte, insbesondere nach dem Lator von Wischmarje, entstand eine ungeheure, unerhörte Aufregung des Landvolkes, es fing an, sich als Herrn zu proklamieren, sah die politischen Gegner nun wirklich als Feinde an, und einzeln und in Schaaren, in der Stadt sowohl als auf dem Lande, wurden die Rufe gehört: Man muß alle Deutschen und Deutschhämmer erschlagen, wir sind die Herren des Landes, wir werden nicht Steuern zahlen, daß davon die Deutschen leben und unser Brot essen. Es wurde das gefährliche Schlagwort: „Ergeben wir uns nicht“ in die Menge hineingeschleudert, indem man dessen Auslegung und Anwendung der aufgeregten Fantasie eben dieser Menge überließ. Die Wirkung alles dessen spiegelt sich in der Thatsache, daß die Leute eben nach dem Lator von Wischmarje geradezu wie umgewandelt waren, indem sonst gemäßigte und verständige Leute sich des Ausbruches wildesten Fanatismus nicht mehr entschlagen konnten.

So schritten die Bauern der Umgebung daran, die mörderischen Rufe zur That zu machen, überfielen die Städte mit Knütteln und Pföcken, und nur dem Einschreiten der Gensdarmen und des Militärs ist es zu danken, daß nicht ein grauenhaftes Unglück geschah, nur den militärischen Sicherheitsmaßregeln ist es zu danken, daß die Stadt vor einem Ueberfalle der Bauern geschützt wurde.

(Schluß folgt.)

Zum Attentat in Livorno.

Der „Volksfreund“ bringt aus bester Quelle folgenden eingehenden Bericht über den Mordanfall: Graf Crenneville bereiste Italien, um die Einrichtung der dortigen Museen kennen zu lernen. Es war also eine Studienreise, aus der man für den Bau unserer Museen Nutzen ziehen wollte. Der italienische Gesandte in Wien und die Regierung in Florenz hatten dem Grafen alle nur möglichen Erleichterungen verschafft.

In Livorno hatte Graf Crenneville seinen Freund, den österreichischen Konsul Herrn Inghirami von Volterra besucht, der früher österreichischer Offizier gewesen ist. Am Abend des 24. Mai wollte er abreisen und lehnte die Begleitung seines Freundes nach dem Hafen ab, „da das Wetter so schlecht sei.“ Dieser ließ sich jedoch nicht abweisen. So gingen die beiden Herren, als es schon dunkel war, nach dem Hafen, während der Diener des Konsuls, welcher das Handgepäck des Grafen trug, einige Schritte voraus war. Plötzlich erhielt Graf Crenneville einen Schlag über das Gesicht, welcher ihn der Art betäubte, daß er besinnungslos zusammenbrach. Als er wieder zu sich kam, glaubte er anfänglich, er sei nur in den Roth gefallen, da ihm vom Gesichte einige Feuchtigkeiten herabtröpfelten. Bald genug erfuhr er den wahren Sachverhalt. Der eine der Mörder hatte ihm den betäubenden Schlag versetzt und während des Zusammenbrechens einen Stich beigebracht. Wahrscheinlich hatte derselbe gemeint, der Graf trage ein Panzerhemd, und deshalb das Messer

nach dem Hals gelenkt. In der Finsterniß hatte derselbe aber nur die Nase verlegt und die Wange, wenn auch schwer, gestreift. Der zweite Mörder hatte sich auf den Konsul gestürzt und fünf Stöße nach ihm geführt, welche jedoch durch den Mantel aufgefangen wurden. Der sechste Stich traf die Schulter des Konsuls, der siebente, der tödtliche — ins Herz. Man brachte den Grafen in sein Hotel zurück, wo er 30 Stunden, theilweise ohne Besinnung lag.

Die Waffe des ersten Mörders war ein langes Messer, die des zweiten ein aus einer Toledollinge gefertigter Dolch.

Die Mittheilung erklärt es für unwahr, daß die italienische Regierung den Grafen gewarnt habe und fügt bei, daß schon in Pisa die Mörder ihr auserwähltes Opfer umschlichen hätten.

Politische Rundschau.

Laibach, 3. Juni.

Die Eröffnung der Landtage soll nunmehr auf Mitte September festgesetzt sein.

Man versichert, der in Wien anwesende Landesmarschall von Galizien, Fürst Sapieha, habe aus dem Munde der Kaiserin die Versicherung erhalten, daß sie an dem Entschlus, Krakau und Lemberg im Laufe des Jahres zu besuchen, festhalte. Der Termin, wann die Reise stattfinden dürfte, konnte nicht genau angedeutet werden, da für die nächsten Monate schon Dispositionen getroffen sind; indeß soll die Kaiserin sich dahin geäußert haben, daß es ihren Wünschen vollständig entspreche, Krakau und Lemberg im Spätsommer zu sehen, also zur Zeit der Landtagsession.

In der Angelegenheit des Bischofs von Vinz wird dem „Volksfreund“ geschrieben: „Der Votschaster in Rom hatte keineswegs die Weisung, in Angelegenheit des Bischofs und speziell der päpstlichen Zuschrift irgend eine bestimmte Forderung oder Beschwerde zu erheben. Aber der Votschaster dürfte angewiesen sein, mit der Erklärung nicht zurückzuhalten, daß die Regierung allerdings bis jetzt keine Veranlassung sehe, auf Grund einer privaten Aeußerung Sr. Heiligkeit in eine Verhandlung einzugreifen, die nach Maßgabe der Landesgesetze zu Ende zu führen, die Sache und die Pflicht der Gerichte sei, daß sie es aber lebhaft bedauern würde, wenn etwa öffentlich analoge Einflüsse direkt zu wirken bestimmt sich geltend machen sollten, und wenn ihr dadurch die unabwendbare Nothigung auferlegt werden müßte, solche Einflüsse mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ein für alle mal und mit aller Energie fernzuhalten.“

In Folge eines Reskripts des zisleithanischen Ministeriums hat die dalmatinische Statthalterei ein Rundschreiben an alle dalmatinischen Bezirkshauptmannschaften gerichtet, worin dieselben aufgefordert werden, einer Agitation für die Einverleibung Dalmatiens in Ungarn sofort entgegenzutreten.

König Ludwig von Baiern scheint durch den Wahlsieg der Ultramontanen aus seiner lethargie erwacht zu sein; freilich nicht im Sinne der „Schwarzen“, die ihn gegen den Nationalliberalismus durch den poetischen Zuruf einnehmen wollten: „Wach' auf, Du Wittelsbacher Knecht!“ Höchst profaisch erbittert, hat der König sich gegen die Klerikalen ausgesprochen und nach der Frohnleichnamsprozession dem Fürsten Hohenlohe versichert, daß das gegenwärtige Ministerium fortwährend sein Vertrauen besitze. Diese Erklärung war ein kaltes Bad auf die heißblütigen Hoffnungen der Oberfrommen, welche bereits die Ministerportefeuilles unter sich vertheilt hatten.

Die „Karlsruher Ztg.“ veröffentlicht die Antwort des Großherzogs auf die Adresse der Offenburger. Der Großherzog dankte für die hingebende und thatkräftige Unterstützung der nationalen und freisinnigen Politik der Regierung; er sprach die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen werde, seine höchste Regentenaufgabe zu erfüllen, nämlich ein freies Staatsleben zu schaffen,

welches auf der Bildung, auf dem sittlichen und religiösen Ernste und auf der muthigen und entschlossenen Theilnahme an der nationalen Wiedergeburt Deutschlands ruht.

Der norddeutsche Reichstag nahm die Wechselstempelsteuer ohne erhebliche Debatte an, lehnte dagegen das Börsensteuergesetz und Braumalzgesetz in zweiter Lesung mit erheblicher Majorität ab.

Bei der großen Protestanten-Versammlung waren am Sonntag in Worms über 20.000 Fremde anwesend. Die Verhandlungen fanden in der Dreifaltigkeitskirche statt. Ganz Deutschland, auch Oesterreich und Frankreich waren durch Delegirte vertreten. Es wurde eine dem wesentlichen Inhalte nach folgende Erklärung einstimmig angenommen: „Die Protestantenversammlung verwahrt sich gegen die im „apostolischen Schreiben“ vom 13. September 1868 gerichtete Zumuthung, in die Gemeinschaft der römisch-katholischen Kirche zurückzukehren, bezeichnet als Hauptursache der religiösen Spaltung die hierarchischen Irrthümer, insbesondere den Geist und das Wirken des Jesuitenordens, und erklärt schließlich alle auf die Begründung einer hierarchischen Machtstellung der Geistlichkeit und ausschließlichen Dogmenherrschaft gerichteten Bestrebungen in der protestantischen Kirche für eine Verleugnung des protestantischen Geistes und für eine Brücke nach Rom.“

Die Friedenspalmen werden wieder einmal energisch geschwungen. Der Pariser „Konstitutionnel“ versichert, daß nach Schluß der Sommermanöver Beurteilungen in größerem Maßstabe stattfinden würden, und die Berliner „Kreuzzeitung“ führt aus, daß die französischen Wahlen den Kaiser in der friedlichen Politik nur bestärken können. Es sei zweifellos, daß Frankreich den Frieden wünsche. — Das wird sich bis zum Herbst zeigen.

Das englische Unterhaus hat die Bill, betreffend die Aufhebung der protestantischen Staatskirche in Irland, mit 114 Stimmen Majorität angenommen. Es ist das die größte Majorität, die die liberale Partei seit 30 Jahren im Unterhause gehabt hat. Ernstlicher Widerstand vom Hause der Lords ist wohl nicht zu erwarten.

Zur Tagesgeschichte.

— Ein Erlass des Unterrichtsministers v. Falner erteilt den Statthaltern die Weisung, die Direktoren von Oberrealschulen zur Abhaltung von Maturitätsprüfungen zu ermächtigen. Hiernach steht es den Schülern der höchsten Klasse einer Oberrealschule frei, sich dieser Prüfung zu unterziehen oder nicht. Wer sich derselben unterwirft, genießt das Vorrecht der unbedingten Aufnahme an technischen Hochschulen; im anderen Falle haben bekanntlich die Schüler von Oberrealschulen sich einer Aufnahmeprüfung beim Uebertritt in solche Hochschulen zu unterziehen. Das Statut der an Oberrealschulen vorzunehmenden Maturitätsprüfung ist den an Gymnasien üblichen konform.

— Das Prager Oberlandesgericht hat die Arrangements des vorjährigen Meetings auf dem Berge Rzip (Zanda, Kratochwil und Spindler) zu zehnmonatlichem schweren Kerker, verschärft mit einem Fasttage in jeden Monate, verurtheilt. Außerdem wurden noch Geldstrafen zuerkannt.

— Der König und die Königin von Neapel sind sammt Gefolge von Rom in Genf eingetroffen.

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Total-Chronik.

— (Ernennung.) Der Präsident des Oberlandesgerichtes hat den Anstaltanten Viktor Suppanitsch in Radkersburg dem Bezirksgerichte Windisch-Feistritz als Untersuchungsrichter zugetheilt.

— (Die hiesigen Kunstfreunde) erlauben wir uns aufmerksam zu machen, daß die von unserer Kunstvereinsfiliale veranstaltete Verlosung definitiv am nächsten Sonntag stattfindet. Wer also auf billige Weise in den Besitz eines herrlichen Delgemäldes

oder schönen Kupferstiches kommen will, der möge sich noch rechtzeitig einige Lose anschaffen, die noch bis Ende dieser Woche in Herrn Karingers Handlung zu laufen sind.

— (Sogar das deutsche Namensverzeichnis der Hausbesitzer in Laibach) verursacht der „Novice“ großen Aergern, oder wie sie sich ausdrückt: wahren Ekel. Und warum? Weil die Namen Achtschün, Debenk, Millig u. a. m. in der alten Schreibweise, und nicht in der neu-slovenischen Orthografie daselbst gedruckt erscheinen. Also hätte der Krainer kein Recht mehr, seinen Namen so zu schreiben, wie er ihn von den Vorfahren überkommen. Wenn die Patrone der „Novice“ in dem harmlosen Ausfluge der Laibacher Turner eine Aufhebung des Landvolkes erblicken, um wie viel mehr ist denn die deutsche Schreibweise eines slovenischen Namens als ein Attentat auf die slovenische Sprache anzusehen, und der Träger eines solchen Namens mag sich nach der neuesten in Slovenien herrschenden Rechtslehre in Acht nehmen, aus dem Land zu gehen, denn wenn ihm die Bauern mit Knütteln die wahre Schreibweise seines Namens einbläuen, so wären sie im vollen Rechte, warum hat er der „Novice“ und ihren gläubigen Landkaplänen und schließlich dem ganzen Volke mit seiner Schreibweise ein Aergerniß gegeben.

— (Der Störefried.) Die slovenische Presse sucht in allen Ecken und Enden nach den Aufwieglern des Volkes, nur dort, wo die Ursachen jener Verheerungen klar zu Tage liegen, spielt sie die Rolle des Vogels Strauß, sie meint damit, daß sie ihren Kopf zwischen die Flügel versteckt, die ganze übrige Welt mit totaler Blindheit geschlagen zu haben. Ursprünglich waren die Revolvergeschosse, welche die Turner abgefeuert haben sollen, an allem Unheil schuld, dann die schwarz-roth-goldene Turnersabne, die zusehlig weiß-grün ist, dann der Turnverein selbst, den das Landvolk nicht leiden mag; eine weitere Entdeckung wies den Laibacher Gemeinderäthen, die auf den Jantschberg gingen, den ihnen gebührenden Sitz statt im Gemeinderathe auf der Anklagebank an. Die neueste Rekrimation ist in der gestrigen „Novice“ zu lesen. „Das Laibacher Tagblatt“ hat alles verschuldet.“ Erst seitdem das „Tagblatt“ erscheint, sei in Laibach der Bank und Haber an der Tagesordnung. Unsere Geburt datirt leider erst vom 14. August 1868, demnach konnten nur embryonale, in der Luft schwebende Atome des „Tagblattes“ die Sotolezjese in Laibach, die Suspendirung des Bürgermeisters Dr. Costa, die Feschkaaffaire provozirt haben. Zum Beweise jedoch, wie unzurechnungsfähig „Novice“ geworden, möge der Umstand dienen, daß selbe zum Beweise der Schuldlosigkeit der Laborarrangeure Auszüge aus unserem Berichte über den Labor in Wischmarje bringt, obwohl sie in ihrer vorletzten Nummer ausdrücklich erklärt hatte, „an dem Laborberichte des „Tagblattes“ sei kein wahres Wort.“ Auch diesmal unterläßt sie nicht ihren Trabanten, den Landkaplänen, in einer Weise Weisheit zu streuen, zu der sich bisher noch kein Laienblatt verstiegen hat, sie meint, „die Slovenen lieben ihre Geistlichkeit, auf die das Land Krain stolz sein kann, sie verehren in den Geistlichen die wirklichen Nachfolger der Apostel und die Diener Gottes.“ Schließlich zollt sie dem „Tagblatte“ eine ganz unerwartete Anerkennung, indem sie selbes mit dem Monde vergleicht, der um die Sonne kreist; niemals werde, so wenig als die Sonne um den Mond sich bewegt, das Land Krain um das „Tagblatt“ sich bewegen. — Ja eben das Licht, womit wir die bisher von anhaltender Finsterniß umschatteten Räume erleuchteten, in denen das Irlicht der „Novice“ als glänzende Sonne angebetet wurde, ist ihr so unbequem, daß der arme davon Geblendete sich noch nicht zurecht zu finden weiß. Wegen solche auf Geistesstörung hindewende Angriffe des besagten Blattes stellen wir vorläufig eine ernste Polemik ein; den Zeitpunkt erwarrend, wann die Arme wieder zum Bewußtsein gekommen sein wird.

— (Das Hofoperntheater in Wien und die krainischen Steuerzahler.) Bei der letzten Treffner Wahl hielt der gewählte Meritale Kandidat, Dr. Barnik, eine Wahlrede, deren wirksamste

Stelle sich auf die drückende Steuerlast und die verschwenderische Gebarung mit dem Staatseinkommen bezog. Die eben jetzt erfolgte Eröffnung des Hofoperntheaters, für das bekanntlich kein Kreuzer von den Geldern der Steuerzahler einfloß, sondern dessen ganzer Baufond vom Stadterweiterungsfonde herrührt, wurde in folgender passenden Weise ausgebeutet: „Die Herren draußen in Wien verwenden die im Schweige des Angedachten an die Steuerlasten bezahlten Gulden für Dinge, die nur für die Unterhaltung der Wiener da sind. Sieben Millionen haben sie für den Bau eines Theaters bewilliget, damit die Wiener an dem Tanze halbnackter Weiber daselbst ihr Vergnügen finden. Und wer zahlt dies? Auch das Geld aus dem Sacke des krainischen Bauers wandert für solche Ausgaben nach Wien.“ Gut gekrullt, Löwe!

— (Musikalisches.) In der Verlags-handlung E. W. B. Raumburg in Leipzig sind soeben drei Lieder für eine Singstimme mit Begleitung des Pianoforte von dem hiesigen als Komponist bereits vortheilhaft bekannten Musiker Theodor Elze erschienen. Das erste der genannten ist das in einem Konzerte der filharmonischen Gesellschaft bereits mit großem Beifalle aufgenommene Lied: „O sieh' mich nicht so lächelnd an;“ das zweite ist eine „Morgenfahrt;“ das dritte „Ich küsse dich auf die Wangen.“ Die gefälligen Melodien, das warme Gefühl, welches sich in den genannten Kompositionen ausdrückt, werden nicht verfehlen, denselben Freunde zu verschaffen. Die äußere Ausstattung ist sehr schön.

— (Aus Vel des) wird uns berichtet, daß sich die Unterhandlungen wegen Vermietung des Gasthauses beim Peiran nun wieder zerschlagen haben, so daß der beliebte Gasthof auch dieses Jahr, wie bisher, zur Aufnahme der Fremden eröffnet bleibt. — Am letzten Sonntag ist ein Bauernbursche, der beim Baden vom Starckrampe befallen wurde, im See ertrunken. — Das benachbarte Gut Grimshighof soll unser Landsmann Herr Konsul Schwegel in Alexandrien, bekanntlich ein geborner Obergörzacher, gekauft haben.

— Im letzten Hefte der slovenischen Monatschrift „Pod lipa,“ welche manches Belehrende und Nützliche für das slovenische Volk enthält, trotzdem jedoch, wie es daselbst heißt, von den „Citavnice“ nicht besonders unterstützt wird, wird u. a. Beschwerde darüber erhoben, daß die elf sogenannten slovenischen Volksschulen des Triester Territoriums, für welche der Stadtmagistrat jährlich über 15.000 fl. ausgibt, den Territorialen bisher fast gar keinen Vortheil gebracht haben, und daß insbesondere die so wichtigen Sonntagschulen stark vernachlässigt seien, weshalb man nur wenige Bauern finde, die etwas lesen können. So gebe es z. B. in Vasovizza deren nur zwei (!) u. s. w. Die genannte Zeitschrift meint, daß man für diese Schulen besser sorgen müßte, und wir stimmen, bemerkt die „Tr. B.“ diesem Wunsche vollkommen bei. Bestrebungen, wie sie in der gedachten Zeitschrift zu Tage treten, verdienen volle Unterstützung und sind für unsere slovenischen Mitbürger jedenfalls nützlicher, als die Hetereien gegen andere Nationalitäten. Letztere sind um so verwerflicher, als sie meistens von Keuten betrieben werden, die daraus ein Gewerbe machen, um ihrer eigenen Ehrsucht und ihrem Eigennut zu fröhnen.

Gemeinderathssitzung

am 1. Juni 1869.

(Schluß.)

Die Vermehrung der Zivilwachmannschaft.

GR. Dr. Pfefferer referirt Namens der vereinigten Polizei- und Finanzsektion über die Vermehrung der Zivilwachmannschaft, deren zu geringe Zahl schon oft, namentlich aber in jüngster Zeit als ein sehr fühlbarer Uebelstand sich bemerkbar machte. Bisher sind nur 12 Zivilwachmänner angestellt mit einem jährlichen Kostenaufwande von 3360 fl., während eine Vermehrung derselben um 8 Mann einen Kostenaufwand von 5720 fl. erfordern würde. Dr. Pfefferer beantragt Namens der genannten Sektionen, der Gemeinderath wolle beschließen, daß die Stadtwache von 12 auf 20 erhöht werde, daß von den 12 gegenwärtigen die fähigsten und verlässlichsten sechs einen

Gehalt von 300 fl. sammt der üblichen Bekleidung erhalten, die neutreiteten Stellen aber mit 280 fl. bemessen werden mit dem nach § 2 bedingten Vorrückungsrechte in die höhere Lohnstufe und mit der erforderlichen Bekleidung. Die neutreiteten Stellen sind im Wege des Konkurses sofort auszuschreiben und der Magistrat werde beauftragt, die entsprechenden Vorschläge vorzulegen.

Es entspinnt sich nun eine Debatte über das Vorrückungsrecht, an welcher sich die Gemeinderäthe Stedry, Kaltenegger und Pfefferer beteiligten. Dr. Keesbacher fragt an, ob acht neue Wachmänner wohl genügen, nach dem Verhältnisse in Wien müßten 40 sein. Da aber unsere Finanzverhältnisse solche Zahl nicht vertragen, so wolle er doch die Aufmerksamkeit des Gemeinderathes darauf lenken, damit nicht nach einem Jahre wieder eine Vermehrung noth thue, damit nicht eine halbe Maßregel ergriffen werde.

GR. Bürger wünscht, daß bei Anlaß der Vermehrung der Mannschaft auf bessere Handhabung der Gewölbwache Rücksicht genommen werde.

Dr. Pfefferer als Referent steht für das Vorrückungsrecht ein und meint, daß nach kompetentem Urtheil 20 Mann genügen für gewöhnliche Fälle, in Ausnahmeverhältnissen müsse ohnehin Militärverstärkung requirirt werden.

Die Gemeindestatutsrevision.

GR. Kaltenegger verliest eine Zuschrift des h. Landesauschusses, welcher den Gemeinderath auffordert, das Gemeindestatut einer Revision zu unterziehen, da eine solche bereits Gegenstand der Verhandlung im Landtage gebildet habe.

Die Kommission hiefür habe sich der Aufgabe bereits unterzogen, doch sei es nöthig, um die Sache fertig vor den Gemeinderath zu bringen, sich vor dem über gewisse Prinzipienfragen zu einigen; diese Fragen seien:

1. Soll das aktive Wahlrecht durch Bevollmächtigte ausgeübt werden können?
2. Sollen die drei Wahlkörper beibehalten werden?
3. Soll die alljährliche Drittelerneuerung des Gemeinderathes mittelst der Ergänzungswahlen auch künftighin stattfinden, oder soll von drei zu drei Jahren die volle Neuwahl des Gemeinderathes erfolgen, und in letzterem Falle auch die Dauer der Funktion des Bürgermeisters unbedingt drei Jahre dauern, auch wenn er als Gemeinderath zum Ausscheiden bestimmt ist?
4. Welches soll die Stellung des Vizebürgermeisters sein?

Dr. v. Kaltenegger erörtert die genannten Fragen in ebenso ausgiebiger als gründlicher Weise und stellt im Namen der Kommission folgende Anträge:

ad 1. Das aktive Wahlrecht kann nur persönlich, nicht durch Bevollmächtigte ausgeübt werden, und motivirt diesen Antrag insbesondere damit, daß die Ausübung des Wahlrechtes eine öffentliche Pflicht und ein Recht des Staatsbürgers sei, und sich von Privatrechten dadurch wesentlich unterscheidet, daß es vermöge seines unmittelbaren Einflusses auf das öffentliche Wohl diesem effektiv entsprechend ausgeübt werden solle.

ad 2. Die Abtheilung der Wahlberechtigten in drei Wahlkörper ist beizubehalten. Es sei diese Abtheilung in Wahlkörper dem Prinzipie der Interessenvertretung entsprechend, und wenn auch dagegen verschiedenen Orts angekämpft werde, so habe man doch, beispielsweise in jüngster Zeit auch in Wien, daran festgehalten, und speziell in Laibach habe der dritte Wahlkörper keinen Grund, über Unbilligkeit der gleichen Vertheilung der Zahl der Gemeinderäthe sich zu beschweren.

ad 3. Die jährlichen Ergänzungswahlen des Gemeinderathes für je ein Drittel ausscheidender Mitglieder sind beizubehalten und ebenso die dreijährige Funktionsdauer des Bürgermeisters als solchen, ohne Rücksicht auf die als Gemeinderath ihn treffende Reihe des Ausscheidens. Die Motivirung hebt insbesondere

hervor, daß die Thätigkeit des Gemeinderathes eine wesentlich verwaltende sei, daß die Beständigkeit und Fortdauer dieser Thätigkeit mit einer nur allmählig sich vollziehenden Wiedergeburt die vor allem erwünschten Eigenschaften einer solchen Körperschaft sind; das Wach- erhalten eines frischen Pulses im öffentlichen Leben der Gemeinde werde durch jährliche Theilerneruerung des Gemeinderathes befördert, sowie dadurch ein jährlich wiederkehrender Kontakt der Gewählten mit den Wähler- lernen erhalten; mit der Fortdauer der Funktion des Bürgermeisters sei die Beständigkeit und Stabilität des- selben, der das Exekutivorgan der Gemeinde ist, ge- währleistet.

ad 4. Der Stellvertreter des Bür- germeisters (Vizebürgermeister) hat denselben ebenso in der Vorstandschafft des Gemein- derathes, wie in jener des Magistrates zu substituiren.

In Graz habe man dieses Prinzip bereits durch- geführt, der Vizebürgermeister sei zunächst dem Bür- germeister der Vertrauensmann der Gemeinde, die Trennung der Vorstandschafft im Gemeinderathe und Magistrat sei unpraktisch, es liege kein haltbarer Grund vor, der es wehren sollte, den Vorstandstellvertreter bei Verhinderung des Bürgermeisters wirklich und in vollem Wirkungsbereiche dessen Stelle vertreten zu lassen. Der Einwurf, daß der Vizebürgermeister mit Hin- weis auf die Geschäfte im übertragenen Wirkungsbereiche nicht beediet, und vom Kaiser bestätigt sei, ist da- durch gehoben, daß der erste Magistratsrath, der im Magistrat den Bürgermeister vertritt, ebenfalls nicht der kais. Bestätigung bedarf, die Eidesleistung des Vi- zebürgermeisters möge eben normirt werden.

Sämmtliche Anträge der Sektion werden ohne Debatte einstimmig angenommen.

Hierauf wird die Bauholzrechnung der Firma Stefan und Karl Tauscher über Vortrag der Bau- sektion (Referent Hr. Etedry) genehmigt und hier- auf die Sitzung nach dreistündiger Dauer geschlossen.

Geschäftszeitung.

Verlosung. (1864er Staatslose.) Bei der am 1. d. M. vorgenommenen Verlosung des unverzinslichen Prä- mien-Anlehens vom Jahre 1864 wurden nachfolgende Serien gezogen, und zwar: Nr. 407 1451 1901 2275 2396 3272 und 3945. Aus diesen 7 Serien wurden nachfolgende 60 Gewinn-Nummern mit den nebenbezeichneten Treffern in Oester. Währung gezogen, und zwar gewinnt: 250,000 fl. Serie 2275 Nr. 38; 25,000 fl. S. 2275 Nr. 26; 15,000 fl. S. 1451 Nr. 25, und 10,000 fl. S. 1901 Nr. 62; je 5000 fl. S. 2275 Nr. 11 und S. 3272 Nr. 34; je 2000 fl. S. 1901 Nr. 99, 2275 Nr. 25 und S. 3945 Nr. 52; je 1000 fl. S. 407 Nr. 53 und 63, S. 2275 Nr. 83, S. 2396 Nr. 33 und 71, und S. 3272 Nr. 56. Je 500 fl. gewinnen: S. 407 Nr. 24 48 59 62 und 80, S. 1451 Nr. 39, S. 2275 Nr. 32, S. 2396 Nr. 17, S. 3272 Nr. 64 67 und 89 und S. 3945 Nr. 54 65 85 und 96. Je 400 fl. entfallen an: S. 407 Nr. 7 18 22 35 73 und 93, S. 1451 Nr. 27 50 69 85 und 100, S. 1901 Nr. 22 63 und 78, S. 2275 Nr. 18 und 62, S. 2396 Nr. 51 54 78 92 und 95, S. 3272 Nr. 2 17 27 45 49 und endlich S. 3945 Nr. 11 23 33 und 83. Auf alle übrigen in den obigen verlosenen 7 Serien enthaltenen und hier nicht beson- ders aufgeführten 640 Nummern der Prämien Scheine entfällt der geringste Gewinn von je 160 fl. Oester. Währ.

Marktbericht.

Laibach, 2. Juni. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 2 Wagen mit Getreide, 15 Wagen und 3 Schiffe (27 Klasten) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Wtr.	Wtr.		Wtr.	Wtr.
	fl. fr.	fl. fr.		fl. fr.	fl. fr.
Weizen pr. Mt.	4 30	4 70	Butter, Pfund	—	36
Korn	2 70	3 6	Eier pr. Stück	—	11
Gerste	2 50	2 94	Milch pr. Maß	—	10
Hafer	1 80	2	Rindfleisch, Pfd.	—	22
Halbfrucht	—	3 20	Kalb- "	—	24
Heiden	2 50	3 10	Schweinefleisch	—	22
Hirse	2 40	2 72	Schöpfenfleisch	—	16
Kukuruz	—	2 80	Hühnel pr. St.	—	25
Erdäpfel	1 70	—	Tauben	—	15
Linjen	3	—	Hen pr. Zentner	—	80
Erbsen	3 20	—	Stroh	—	70
Erbsen	3 20	—	Holz, har., Kstr.	—	7 20
Erbsen	3 20	—	— weich	—	5 20
Erbsen	3 20	—	Wein, rother, pr.	—	8
Erbsen	3 20	—	Eimer	—	8
Erbsen	3 20	—	— weißer	—	9

Rudolfswerth, 31. Mai. Die Durchschnitts-Preise auf dem heutigen Markt stellten sich, wie folgt:

	fl.	fr.		fl.	fr.
Weizen pr. Megen	4	60	Butter pr. Pfund	—	48
Korn	3	—	Eier pr. Stück	—	11
Gerste	2	50	Milch pr. Maß	—	10
Hafer	1	90	Rindfleisch pr. Pfd.	—	22
Halbfrucht	3	80	Kalb- "	—	24
Heiden	3	20	Schweinefleisch	—	—
Hirse	2	88	Schöpfenfleisch	—	17
Kukuruz	2	70	Hühnel pr. St.	—	30
Erdäpfel	1	60	Tauben	—	20
Linjen	4	80	Hen pr. Centner	—	1 80
Erbsen	4	80	Stroh	—	1
Erbsen	4	48	Holz, hartes, pr. Kst.	—	6
Erbsen	4	48	— weiches	—	—
Erbsen	4	48	Wein, rother, pr.	—	—
Erbsen	4	48	Eimer	—	5
Erbsen	4	48	— weißer	—	4

Wiener Börse vom 2. Juni.

Staatsfonds.	Geld	Ware	Deft. Hypoth.-Bank	Geld	Ware
Spec. österr. Währ.	58.25	58.50	Prioritäts-Oblig.	98.50	99.—
dto. v. 3. 1866	63.20	63.40	Südb.-Gef. zu 500 fr.	114.50	114.75
dto. Rente, öst. Pap.	61.75	61.85	dto. Wenzl. 6 Pct.	240.—	241.—
dto. dto. öst. in Silb.	69.90	69.95	Rordb. (100 fl. C.M.)	92.50	93.—
Pole von 1854	93.25	93.50	Zieb.-B. (200 fl. S.W.)	88.25	88.50
Pole von 1860, ganze	101.80	102.—	Rudolfsh. (300 fl. S.W.)	90.25	90.50
Pole von 1860, Hälfte	103.75	104.25	Frang.-Zof. (200 fl. S.)	91.70	92.—
Prämiench. v. 1864	122.80	123.—			
Grundentl.-Obl.			Losse.		
Eiermarkt zu 5 Pct.	92.—	92.50	Credit 100 fl. S. W.	168.50	168.75
Kärnten, Krain	—	—	Don.-Dampsch.-Gef.	—	—
u. Krainland 5	86.—	94.—	zu 100 fl. C.M.	—	—
Ungarn u. zu 5	80.75	81.50	Trichter 100 fl. C.M.	97.25	97.50
Kroat. u. Slav. 5	83.75	—	dto. 50 fl. S. W.	59.—	60.—
Siebenbürg. 5	76.50	76.75	Ofener 40 fl. S. W.	37.50	38.50
Aktion.			Salin 40	42.50	43.—
Nationalbank	748.—	750.—	Raffin 40	34.—	34.50
Creditanstalt	291.10	291.20	Harp 40	37.50	38.—
fl. S. Compt.-Gef.	830.—	835.—	St. Genois 40	33.—	33.50
Anglo-österr. Bank	332.—	333.—	Bündischgrub 20	22.50	23.—
Deft. Bodencred. A.	282.—	286.—	Waldstein 20	24.50	25.50
Deft. Hypoth.-Bank	105.—	107.—	Reglerich 10	14.50	15.—
Teier. Compt.-Bf.	235.—	240.—	Rudolfsh. 105 fl.	15.—	15.50
Rais. Ferd.-Rordb.	2227	2230	Wechsel (3 Mon.)		
Südbahn-Gesellsch.	245.50	245.70	Kugos. 100 fl. silb. W.	103.—	103.20
Rais. Elisabeth-Bahn	188.75	189.—	Frankf. 100 fl.	103.20	103.30
Carl-Ludwig-Bahn	225.50	226.—	London 10 fl. Sterl.	124.55	124.65
Siebenb. Eisenbahn	164.50	165.—	Paris 100 francs	49.50	49.65
Rais. Franz-Josef-B.	186.75	187.25	Münzen.		
Häufst.-Bancier C.-B.	182.25	182.75	Kais. Münz-Ducaten.	5.86 ³	5.87
Milob.-Bium. Bahn	164.—	164.25	20-francs-Stück	9.93	9.94
Pfandbriefe.			Kreditb. 100 fl.	1.81	1.81 ³
Nation. S. W. verlosch.	94.80	95.—	Silber	122.—	122.25
Ung. öst. Creditanst.	92.—	92.25			
Ung. öst. Credit.	107.50	108.—			
dto. in 33 J. rückz.	91.50	92.—			

Telegraphischer Wechselkurs

vom 3. Juni.

Spec. Rente österr. Papier 61.95. — Spec. Rente österr. Silber 70. — 1860er Staatsanlehen 101.70. — Bankaktien 750. — Kreditaktien 292.60. — London 124.35. — Silber 121.75. — R. t. Dutaten 5.86¹/₂.

Verstorbene.

Den 1. Juni. Helena Matičič, alt 1 1/2, Monate im Zivihospital, an Mattern.
Den 2. Juni. Johanna Podtrajdel, Inwohnerweib, alt 50 Jahre, im Zivihospital an der allgemeinen Wasserfuhr. Helena Klemenčič, Inwohnerin, alt 66 Jahre, im Zivihospital an Lungenödem.

Den 3. Juni. Dem Herrn Josef Kuzar, Haus- und Realitätenbesitzer, seine Tochter Maria, alt 7 1/2 Jahre, in der St. Petersborstadt Nr. 119, an der Gehirnentzündung.

Witterung.

Laibach, 3. Juni.

Gestern schönes Abendroth. Nachts dicht bewölkt, Vorm. theilw. Aufklärung. Sonnenschein. Wärme: Morgens 6 Uhr + 7.8°, Nachm 2 Uhr + 14.0° (1868 + 18.6°, 1867 + 23.4°). Barometer 326.89", im fallen. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 9.5°, um 4.4° unter dem Normale.

An die

Vertreter der Lebensversicherungsbank

„Haza.“

Ich war auf das Leben des Jakob Habič laut Ihrer Polizze Nr. 11854 für ein Kapital von 2000 fl. ö. W. versichert und habe die Prämien ordentlich eingezahlt. Jakob Habič ist gestorben und Herr **Tobertlet** als Hauptagent der „Haza“ in Laibach hat von mir die Polizze und Prämien Scheine zur Liquidirung des Versicherungskapitales abverlangt und ausgefolgt erhalten. Das Versicherungskapital wurde mir nicht liquidirt und ich auf den Klagsweg gewiesen. Zur Klage benötige ich aber vor allem die Polizze und Prämien Scheine.

Darnach wird wohl jeder rechtlich Denkende glauben, daß mir die Versicherungsbank „Haza“ die Dokumente — auf die sie bei Nichtauszahlung des Kapitales obnehin kein Recht hat — rückgestellt hat. Das hat die „Haza“ nicht gethan und enthält mir diese meine wichtigsten Befehle und Beweismittel vor, mein diesbezügliches Ansuchen einfach mit Stillschweigen übergehend. — Das heißt denn doch so viel, als einem Soldaten vorher die Waffen abnehmen und ihn dann in den Kampf schicken.

Zudem ich diesen charakteristischen Vorgang dem versicherten und versicherungssuchenden Publikum zur Darnachachtung mittheile, fordere ich die Versicherungsbank „Haza“ hiemit öffentlich auf, mir meine oberwähnten Dokumente und Beweismittel ungekäuert rückzustellen oder allensfallige Rechtsgründe für die Verweigerung der Herausgabe bekannt zu geben.

Laibach, am 2. Juni 1869.

(149)

J. Oswald.

Die ergebenst Gefertigte erlaubt sich einem p. t. Publikum hiemit anzuzeigen, daß das **fotografische Geschäft** des **L. Krach**, Theatergasse Nr. 18, noch fortgeführt wird und bittet um Bestellung von weiteren Aufträgen unter Zusicherung der reellsten Bedienung.

Rosa Krach,

(145—1)

Witwe.

Ein Praktikant

aus einem soliden Hause von Laibach wird aufgenommen bei

(147—1)

Albert Trinker.

Außergewöhnliche Sicherheit als Kapitals-Anlage

bieten die

Pfandbriefe

der

österr. Hypothekar-, Kredit- und Vorschuß-Bank in Wien,

welche, außer den 25 Prozent unterhalb der pupillarmäßigen Grenze gelegenen Hypotheken, noch durch das volleingezahlte Aktienkapital von zwei Millionen Gulden gedeckt sind. Dieselben sind binnen zehn Jahren unter Theilnahme am jährlichen Reingewinn in ihrem vollen Nennwerthe ohne allen Steuerabzug rückzahlbar.

(146—1)

Aufträge übernimmt provisionsfrei

Gustav Heimann,

Komptoir: Zudengasse Nr. 214.